

Ende Fasnacht

LIESTAL/BINNINGEN. Mit dem Cheruus in Liestal und dem Umzug in Binningen ist die Baselbieter Fasnacht am Samstag zu Ende gegangen. Der Cheruus endete traditionell mit den Schlusskonzerten im «Engel» und auf dem Zeughausplatz. Beim Umzug in Binningen gaben die Fasnächtler noch einmal alles. > SEITE 17



Foto Team Schwarz

zahl des tages

29

Prozent der Stimmen erreichte die FdP im Schwarzbubenland und blieb stärkste Partei.

Unzufriedenheit

LIESTAL. Die Baselbieter Bürgergemeinden sind schon lange nicht mehr zufrieden mit ihrem nationalen Verband. Nach einer Umfrage will der Vorstand aber nicht austreten. Definitiv entschieden wird am 20. März 2009 an der Delegiertenversammlung in Waldenburg. > SEITE 17

BAZ DIREKT. Sie erreichen die BaZ-Regionalredaktion in Liestal tagsüber unter **061 927 13 33**, abends unter **061 639 18 75** oder per E-Mail **land@baz.ch** oder **online@baz.ch**. Leserbriefe senden Sie bitte an **leserbrief@baz.ch**

Millionenprojekt zurück auf Feld eins

Reinach. Morgen entscheidet der Gemeinderat, wie es mit der Hauptstrasse weitergeht

SUSANNA PETRIN

Die Regierung hat sich gegen die Kap-Haltestelle entschieden, einst ein Kern der Umgestaltung der Hauptstrasse. Doch dieser Beschluss ist für den Gemeinderat Reinach Makulatur: Regierungsrat Jörg Krähenbühl hat seiner Meinung nach die Ausstandspflicht verletzt. Nun sei alles wieder offen. Sicher ist nur: Es wird alles teurer und später.

Der Reinacher Gemeinderat ist wütend und verzweifelt: «Es war schon fast fertig, das Projekt Umgestaltung der Hauptstrasse. Nun hat es sich wegen der Intervention von Regierungsrat Jörg Krähenbühl schon fast um zwei Jahre verzögert und schätzungsweise um bis zu einer Million Franken verteuert», sagt Vize-Gemeindepräsident Hans-Ulrich Zumbühl.

Und nun, kaum habe das Reinacher Kollegium sich wohl oder übel mit dem Regierungsentscheid gegen die geplante Kap-Haltestelle abfinden wollen, habe sich herausgestellt, dass Krähenbühl seine Ausstandspflicht verletzt habe – er nahm an einer Sitzung mit den Gutachtern teil und stellte Fragen (die BaZ berichtete). «Für mich ist damit das Gutachten der Beratungsstelle für Unfallverhütung Makulatur», sagt Zumbühl. «Unter diesen Umständen sind wir nicht bereit, den Regierungsentscheid ohne Weiteres zu schlucken.»

BUNDESGELD GEFÄHRDET. Morgen Nachmittag bespricht der Reinacher Gemeinderat in einer Sitzung, wie es weitergehen soll mit der Umgestaltung: «Die Zukunft des Projekts ist völlig offen», sagt Zumbühl. Hinzu komme, dass die vom Bund in Aussicht gestellten Gelder gefährdet seien: 40 Prozent hätte dieser im Rahmen des Agglomerationsprogramms beisteuern wollen. «Doch nun sieht es nach einem anderen, erst noch verspäteten Projekt aus.»

Vordergründig sind es nur wenige Zentimeter, die das 2003 aufgegleiste Projekt 2007 zum Stillstand brachten. Der damals neue Baudirektor Jörg Krähenbühl erbt das Dossier und sorgte sich im Gegensatz zu Vorgängerin Elisabeth Schneider um die Velofahrer. Ein Kernstück des Projekts, die Kap-Tramhaltestelle, bedeutete nämlich, dass es für Velofahrer zwischen Geleise und Trottoir ein Stück weit eng würde.

Der Rest ist bekannt: Krähenbühl ist privat vom Projekt betroffen, zwei Parkplätze vor seiner Liegenschaft stehen auf dem Spiel. Ihm wurde Befangenheit



Weit von einer Lösung entfernt. Noch weiss niemand, wie die diese Tramhaltestelle in Reinach dereinst tatsächlich aussehen wird. Foto Lea Hepp

vorgeworfen; er setzte eine Arbeitsgruppe ein. Als diese zum Schluss kam, die Kap-Haltestelle sei die beste Lösung, ging er nicht darauf ein. Das Misstrauen gegenüber Krähenbühl wuchs, bis er vor einem Jahr in den Ausstand trat. An seiner Stelle übernahm Sicherheitsdirektorin Sabine Pegoraro die Federführung. Trotzdem stellte sie Krähenbühl Fragen zum Projekt und lud ihn dazu ein, an einer Sitzung teilzunehmen. Krähenbühl folgte der Einladung. «Das würde ich nicht mehr tun», sagt er dazu rückblickend, er habe sich aber «nichts Böses» dabei gedacht.

Nichts Schlimmes am Verhalten Krähenbühls und Pegoraros vermag die Regierung zu erkennen. Sie schreibt: «Die Ausstandspflicht der Kantonsverfassung kann nicht dazu führen, dass Regierungsräte nicht zu Sachverhalten angehört werden dürfen, die den Geschäftsbereich ihrer Direktion betreffen.» Das sieht auch Pegoraros Generalsekretär Stephan Mathis so: «Es muss möglich sein, von jemandem im Ausstand wenigstens sachlich präzisierende Auskunft einzuholen. Ausserdem haben wir das alles in Kenntnis von Krähenbühls Haltung gemacht.»

RECHTSWEG BRINGT WENIG. Ganz anderer Auffassung ist alt Kantonsgerichtspräsident Peter Meier: «Ausstand ist Ausstand, es bedeutet, dass man sich als Amtsperson wirklich überhaupt nicht mit einem Geschäft befasst. Alles andere sind Ausflüchte.» Laut Kantonsverfassung gelte die Ausstandspflicht «für Vorbereitung, Beratung und Beschlussfassung». Falls die Voraussetzungen für eine Ausstandspflicht erfüllt sind, so Peter Meier weiter, «ist der Betroffene von der weiteren Teilnahme an den Verhandlungen beziehungsweise vom Geschäft auszuschliessen. Die Gerichte haben da eine strenge Praxis. Ein bisschen Ausstand gibt es nicht.»

Der Gemeinderat Reinach erwägt, rechtliche Schritte zu ergreifen. Möglich wäre, den Regierungsentscheid in einem Revisionsverfahren anzufechten. Der Rechtsweg würde das Projekt aber weiter verzögern. Allenfalls müsste die Regierung das Beschlussverfahren nochmals aufrollen. Dass sie dann in der Sache einen anderen Entscheid fällen würde, ist aber zu bezweifeln.

Das weiss auch Zumbühl. Er ziehe es deshalb vor, nochmal mit der Regierung zu reden, um die Sache wenn möglich auf politischem Weg zu lösen.

nachrichten

Landratskommissionen sind uneinig

LIESTAL. Über die Initiative der Baselbieter Grünen zur Sanierung der Muttenzer Alt-Deponien sind sich die vorbereitenden Landratskommissionen nicht einig: Die Umweltschutzkommission hält sie für ungültig, die Justizkommission für gültig. Beide Kommissionen fällten ihre Entscheidung nicht einstimmig, wie aus ihren am Samstag vorgelegten Berichten hervorgeht. So beantragt die Umweltschutz- und Energiekommission dem Landrat mit sieben zu fünf Stimmen, die Initiative für ungültig zu erklären. Die Justiz- und Sicherheitskommission fordert mit sechs zu drei Stimmen das Gegenteil. Die Regierung hatte dem Landrat im August 2008 beantragt, das Begehren für ungültig zu erklären: Es verletze Bundesrecht, da der Bund diesen Bereich abschliessend regle. SDA

Rentner von einem Trickdieb bestohlen

BIRSFELDEN. Ein Rentner ist am Samstagmorgen in Birsfelden von einem Betrüger ausgetrickt worden. Der 73-Jährige hatte an einem Bankomaten Geld bezogen und wurde danach von einem Unbekannten um Kleingeld gebeten. Der Angesprochene nahm sein Portemonnaie hervor und öffnete das Münzfach, teilte die Baselbieter Polizei mit. Da griff der Täter selbst in das Münzfach, um angeblich zu zeigen, welches Kleingeld er wollte, und entfernte sich. Der Rentner stellte darauf fest, dass ihm einige Hundert Franken gestohlen worden waren. SDA

Nervengift soll verboten werden

SISSACH/BERN. Obwohl sich im Baselbiet das Bienensterben der vergangenen Jahre in diesem Winter anscheinend nicht wiederholt hat, droht den hiesigen Bienenvölkern neue Gefahr durch das Pflanzenschutzmittel Clothianidin (BaZ vom 6. März). Die Grüne Baselbieter Nationalrätin Maya Graf will deshalb in einer Anfrage vom Bundesrat wissen, ob dieser bereit ist, den Einsatz von Clothianidin zu sistieren. Heute Montag nimmt die Landesregierung dazu Stellung. Sollte sie den Einsatz weiter zulassen, will Graf noch in der Frühjahrsession eine Motion einreichen, die ein Verbot des Nervengifts verlangt. Nach anderen Staaten hat im Februar auch Deutschland ein Verbot erlassen. ac

Katze ausgewichen – Auto überschlagen

SCHÖNENBUCH. Im Bereich des Dorfeingangs Schönenbuch ereignete sich am Sonntag früh, zirka um 02.15 Uhr, ein spektakulärer Selbstunfall. Wie die Baselbieter Polizei mitteilt, war ein 23-jähriger Schweizer Autofahrer auf der Baselstrasse mit offenbar überhöhter Geschwindigkeit in Richtung Schönenbuch-Dorf unterwegs. Als der Fahrer unerwartet einer Katze ausweichen musste, fuhr er auf das linksseitige Wiesenbord. Dabei überschlug sich der Personenwagen und kam auf dem Dach liegend zum Stillstand. Der Lenker sowie seine beiden Mitfahrer konnten aus eigener Kraft, nur leicht verletzt, das stark beschädigte Fahrzeug verlassen.

kommentar

Ein klarer Fall für die Geschäftsprüfungskommission

SUSANNA PETRIN



Ein grösseres Drama wegen einer Tramhaltestelle gab es wohl noch nie. Und langsam ist es auch fraglich, ob das Projekt überhaupt jemals realisiert werden kann. Das Kernstück der Neugestaltung von Reinachs Zentrum muss nach dem Willen der Regierung anders aussehen, als das Tiefbauamt es ursprünglich mit der Gemeinde geplant hat. Die Regierung beteuert: Nichts anderes als die Sicherheit der Velofahrer sei ausschlaggebend gewesen, als sie sich gegen die in Reinach

vorgesehene Kap-Haltestelle entschied. Es mag ja sein, dass es einer Mehrheit in der Regierung tatsächlich nur ums Wohl der Radfahrer geht – dafür hat sie die für Behinderte schlechtere Variante gewählt.

Aber dass ihr der Reinacher Gemeinderat und viele Parlamentarier in dieser Frage misstrauen, hat sie ihrem eigenen Verhalten zuzuschreiben. Ganz offensichtlich nimmt die Regierung die Trennung von öffentlichen und privaten Interessen nicht genügend ernst. So ist Baudirektor Jörg Krähenbühl zwar in den Ausstand getreten, nach-

dem man es ihm hatte nahelegen müssen. Dem Verfahren blieb er aber dennoch nicht ganz fern. Er habe zum Sachverhalt Stellung nehmen müssen, sagt die Regie-

Fürs Sachliche sollten allein die beigezogenen Gutachter zuständig sein.

rung. Doch fürs Sachliche sollten allein die beigezogenen Gutachter zuständig sein. Die grosszügige Auslegung des Wortes Ausstand lässt nun an der

Redlichkeit des Gutachtens und des Entscheids der Regierung Zweifel aufkommen. Fast sieht es aus, als ob sie – Experten hin oder her – diejenige Variante gewählt hat, die sie von Anfang an wollte – unter Einfluss des befangenen Kollegen Krähenbühl. Wer ein Projekt kurz vor seiner Vollendung kippt, darf sich einen solchen Lapsus nicht erlauben. Es ist nun an der landrätlichen Geschäftsprüfungskommission, genau abzuklären, was geschehen ist. Nicht zuletzt, um zu klären, wie der Ausstands-Paragraf in Zukunft gehandhabt werden muss. susanna.petrin@baz.ch